

MIT und CDU-Wirtschaftsexperten Neues Wirtschaftsprogramm für Berlin

Die CDU-Mittelstandsvereinigung in Berlin (MIT) und die CDU Wirtschaftsexperten der Abgeordnetenhausfraktion haben das Programm für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Berlin vorgestellt. Dr. Michael Wegner, Michael Dietmann und Kai Wegner formulieren darin Leitlinien wirtschaftlichen Handelns in Berlin.

Die zentralen Botschaften des Programmwerfs fordern weniger Staat durch Deregulierung, Senkung der Staatsquote und verstärkte Privatisierung. Der Wirtschaftsstandort Berlin braucht mehr Infrastruktur, d.h. Anpassung an die wachsenden Verkehrsströme statt Rückbau, Vorrang für den

Wirtschaftsverkehr und endlich klare Linie zum Flughafenbau. Hierbei wird ganz bewusst die Offenhaltung von Tempelhof und Tegel gefordert.

Ziel jeden politischen Handelns muss die Verbesserung des Wirtschaftsstandortes sein. Dazu braucht die Stadt eine konsequente Bestandspflege hier Ansässiger wie die Förderung von Existenzgründern. Berlin soll Experimentiergeld für alles Neue im Unternehmerischen sein und gegebenenfalls Ausnahmen von geltenden Vorschriften und Gesetzen aktiv und offensiv zulassen. Das gesamte Konzept ist unter www.mit-berlin.de einzusehen. (eig)

Die Grundsatzforderungen:

- Handeln in Eigenverantwortung ermöglichen;
- Kultur der Selbständigkeit fördern;
- Soziale Marktwirtschaft revitalisieren;
- Mit mehr Investitionen in Wissen die Zukunft der Stadt sichern;
- Das Erwerbspotential für Jung und Alt, Frau und Mann wieder in den Mittelpunkt von Wirtschaftspolitik stellen;
- Politik und Wirtschaft müssen durch klare Werteorientierung zu mehr Verantwortungsbewusstsein beitragen.

Tempelhof-Schließung Chance für Erhalt des City-Airports

Die Luftfahrtbehörde hat, wie es Wunsch der SPD-PDS-Landesregierung ist, die Schließung des Flughafens Tempelhof abgesegnet. Unüberlegt und



kurzsichtig nennt das der verkehrspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarek. „Die kurzsichtige Entscheidung des Senats wird keinen Bestand haben. Die erwarteten Klagen der Fluggesellschaften werden diesen nicht begründeten Beschluss des Senats gegen den Standort Tempelhof hinwegfegen“, sagt er. Das einzige, was der Senat erreiche, sei, dass Investoren abgeschreckt werden.

Kaczmarek forderte, dass der Zeitraum der gerichtlichen Auseinandersetzung dazu genutzt werden sollte, mit den Fluggesellschaften Germania und dba ernsthaft über die Übernahme des Flughafens zu verhandeln. Kaczmarek: „Wir müssen Tempelhof endlich

dem Zugriff der chaotischen rot-roten Luftverkehrspolitik entziehen. Tempelhof hat ein enormes Zukunftspotential!“ Insbesondere für den Geschäftsreiseverkehr habe der City-Airport eine gute Chance zu bestehen. Berlin gehöre zu den wenigen Städten in der Welt, die einen solchen Vorteil vorzuweisen hätten. Dieser dürfe nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden.

SPD-Chefaufklärer im Zwielficht

Wurde da am Untersuchungsausschuss vorbei SPD-intern gemuschelt und was wusste Frank Zimmermann (SPD)? Auf Antrag der CDU soll das jetzt im Untersuchungsausschuss zur Banken-Affäre geklärt werden. Hintergrund: Der SPD-Abgeordnete hatte als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses der ehemaligen Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing (SPD) gestattet, vor der Vernehmung geheime Akten einzusehen. Außerdem war Zimmermann in der Zeit von 1996 bis 1997 Pressesprecher bei der damaligen Senatorin und damit womöglich selbst damals über die Fehlentwicklungen in der Bank informiert. (dr)

WITZIG?

Öger zur Familienpolitik

Die türkische Zeitung „Hürriyet“ zitiert den türkischstämmigen SPD-Kandidaten für das Europaparlament und Reiseunternehmer, Vural Öger, mit dem Satz: „Das, was Kanuni Sultan Süleyman mit der Belagerung Wiens 1679 begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.“ Öger sagt, es sei Ironie gewesen und „wir“ habe er nicht gesagt, er sei deutscher Staatsbürger.

Hauptstadtfunktionen ins Grundgesetz

Die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in München ist ein großer Erfolg für die Berliner CDU-Fraktion und ein Beweis der Solidarität der anderen CDU/CSU-Landtagsfraktionen und der unionsgeführten Bundesländer mit Berlin gewesen. Im Rahmen eines Föderalismus-Papiers wurde beschlossen, die deutsche Hauptstadt im Grundgesetz zu verankern und aus der Sonderrolle Berlins im föderalen System der Bundesrepublik Schlussfolgerungen zu ziehen.

Lange bevor Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit gefordert hat, Berlin über eine Hauptstadtklausel im Grundgesetz zu verankern, hat die Berliner CDU-Fraktion mit ihrer 5-Punkte-Agenda konkrete Vorschläge

zur Rolle Berlins im Bund definiert. Diese Forderungen, die unter anderem einen



Nicolas Zimmer
CDU-Fraktionsvorsitzender

Hauptstadthaushalt und den Abschluss eines Hauptstadtvertrages beinhalten, müssen nun auf Grundlage des Münchener Beschlusses kon-

sequent fortgesetzt werden. Nach der Münchener Fraktionsvorsitzenden-Konferenz sind nun die SPD-Fraktionen im Bund und in den Ländern gefordert, Berlins Stellung im Bund ebenfalls zu stärken und für eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund, den Ländern und Berlin zu sorgen. Dafür muss Berlin an seinem Image arbeiten und den anderen Ländern und dem Bund ein Angebot machen, ein Dienstleister zu sein, der allerdings auch eine finanzielle Gegenleistung zu erwarten hat: Wir brauchen ein Leitbild für die Hauptstadt. Nur das erzeugt eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Leitbild für Berlin als Hauptstadt aller Deutschen.

von Nicolas Zimmer

Rot-Grün vor der Europawahl

„Die Chaos AG.“

(Die Welt, 7.5.2004)

Religionsunterricht

Dieschulpolitische Sprecherin der Berliner CDU-Fraktion, Katrin Schultze-Berndt, und der Landesvorsitzende der Jungen Union Berlin, Tim Peters, unterstützen den Protest zum „Tag der Hunderttausend“. Sie fordern den Senat auf, die Kürzungen beim Religionsunterricht der Kirchen zurückzunehmen. Schultze-Berndt:



Foto: Boettcher

„Seit Jahren verweigern die Berliner SPD und Schulsenator Böger ein verbindliches Unterrichtsfach Religion und Ethik/Philosophie in den Berliner Schulen. Deswegen ist es richtig, dass die Kirchen gegen die staatliche Abwertung von christlich-abendländischen Werten protestieren.“